



Der Kreistag - Kreistagsausschuss für Infrastruktur,
Umwelt und Energie

Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum F208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

Gießen, den 24. Juni 2020

NIEDERSCHRIFT

über die 24. Sitzung des Kreistagsausschusses für Infrastruktur, Umwelt und
Energie des Landkreises Gießen
am 18. Juni 2020
im kompletten Konferenzraum, 2. OG, Haus F, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 8. Juni 2020 eingeladen.

Es sind anwesend:

stimmberechtigte Ausschussmitglieder:

Manfred Abendroth	Kreistagsabgeordneter	
Thomas Brunner	Kreistagsabgeordneter	
Dr. Michael Buss	Kreistagsabgeordneter	
Reiner Dern	stv. Ausschussvorsitzender	
Mathias Fritz	Kreistagsabgeordneter	
Christel Gontrum	Kreistagsabgeordnete	
Bülent Gülcehre	Kreistagsabgeordneter	
Anette Henkel	Ausschussvorsitzende	
Matthias Körner	Kreistagsabgeordneter	
Christopher Lipp	Kreistagsabgeordneter	
Roswitha Lorenz	Kreistagsabgeordnete	
Dennis Pucher	stv. Ausschussvorsitzender	
Karl-Heinz Reitz	Kreistagsabgeordneter	i.V. für Dieter Reichel
Erhard Reinl	Kreistagsabgeordneter	
Sabine Scheele-Brenne	Kreistagsabgeordnete	
Florian Vornlocher	Kreistagsabgeordneter	i.V. für Burkhard Steinz
Stefan Walther	Kreistagsabgeordneter	

beratende Ausschussmitglieder:

Thomas Jochimsthal	Kreistagsabgeordneter
Christian Zuckermann	Fraktionsvorsitzender
Tim van Slobbe	Kreisausländerbeiratsmitglied

Kreisausschuss:

Anita Schneider	Landrätin
Dr. Christiane Schmahl	hauptamtliche Erste Kreisbeigeordnete

Verwaltung:

Dr. Manfred Feske-Zech
Steffen Kubatzki

Wirtschaftsförderung, Tourismus u. Klimaschutz
Schriftführer

Sonstige Anwesende (nach vorheriger Akkreditierung):

Thomas Wißner
Rüdiger Soßdorf
Friedhelm Sames.

Redakteur Gießener Anzeiger
Redakteur Gießener Allgemeine Zeitung
Sprecher des gemeinsamen Fahrgastbeirates für die Universitätsstadt Gießen und den Landkreis Gießen zu TOP 2

Entschuldigt:

1. Eröffnung und Begrüßung

Ausschussvorsitzende Anette Henkel eröffnet die Sitzung des Kreistagsausschusses für Infrastruktur, Umwelt und Energie (IUE) um 16:36 Uhr. Sie begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmer/innen und zudem die Vertreter der Presse und den Sprecher des Fahrgastbeirates Gießen (Herrn Friedhelm Sames). Und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest. Zudem weist Ausschussvorsitzende Anette Henkel auf die „Beachtung der besonderen Hygieneregeln“ - welche aufgrund der aktuellen „Corona-Pandemie; CoVid-19“ erforderlich sind - hin und teilt mit, dass sich der Ausschuss darüber freue, dass wieder „Präsenzsitzungen“ (Sitzungen mit Anwesenheit) im Rahmen der Vorschriften ermöglicht werden, stattfinden und diese auch wahrgenommen werden.

2. Bericht des Fahrgastbeirates

Herr Friedhelm Sames (Sprecher des gemeinsamen Fahrgastbeirates für die Universitätsstadt Gießen und den Landkreis Gießen) trägt den „Bericht 2019“ des gemeinsamen Fahrgastbeirates“ vor.

Nach Abschluss des Berichtes sind sich die Ausschussmitglieder einig, dass der Bericht des Fahrgastbeirates in der interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV abschließend besprochen und die Thematik dort weiter behandelt werden soll.

Die nächste Sitzung der „interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV“ findet am Donnerstag, den 09.07.2020, um 18:00 Uhr, im Sitzungszimmer 1 bzw. im kompletten Konferenzraum, 2. OG (Obergeschoss), Gebäude F, Riversplatz 1-9, in der Kreisverwaltung statt.

Während des Berichts beantwortet Herr Friedrich Sames erste „Zwischenfragen“ der Kreistagsausschussmitglieder und im Anschluss an den Bericht die weiteren sich ergebenden Fragen der Kreistagsausschussmitglieder.

Landrätin Anita Schneider nennt im Anschluss des vorgetragenen „Berichtes 2019 des gemeinsamen Fahrgastbeirates“ einige bereits durchgeführte Verbesserungen und noch in der Ausführung befindlichen Maßnahmen, Investitionen, Projekte auf Ebene der Kreisverwaltung und -politik:

- Bessere Taktung der Linie 22 am Haltepunkt der Kreisverwaltung.
- Schnellbus bzw. Regionalbuslinie aus Laubach.
- Zuwegungen von der Kreisverwaltung zu den Bushaltestellen.
- Bessere Verknüpfung von Rad und ÖPNV (Stichwort Leihräder).
- Einführung „Job-Ticket“ für die Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung.

Landrätin Anita Schneider teilt zudem mit, dass demnächst ein ausgearbeitetes „Radwegekonzept“ durch die Kreisverwaltung an die einzelnen Fraktionen versendet werde, mit dem sich die Fraktionen in der Sommerpause befassen können, um das Konzept sodann nach der Sommerpause behandeln, diskutieren und besprechen zu können. Ziel ist auch hier die bessere Verknüpfung/Vernetzung von ÖPNV und dem Radverkehr.

Auch die Thematik „Digitalisierung“ am Beispiel eines Pilotprojektes des RMV in Offenbach zeigt neue Möglichkeiten auf, hierauf macht Landrätin Anita Schneider aufmerksam. Z. B. wie wir zukünftig eine Verortung/Anbindung kleinerer Ortschaften an den ÖPNV ermöglichen könnten. In der Zukunft wird es neue Formen der Verkehrsanbindungen auch im Rahmen der Digitalisierung bedürfen und diese werden kommen (Stichwort „Verortungs-App“).

Abschließend bleibt festzuhalten, dass laut des Sprechers des gemeinsamen Fahrgastbeirates (Herrn Friedhelm Sames) der Fahrgastbeirat der Auffassung ist, dass die Bemühungen bei der Umsetzung der angesprochenen Kritiken, Frage- und Problemstellungen seitens Kreisverwaltung und -politik durchaus erkennbar seien, aber noch viel getan werden müsse. Seitens der Anwesenden bleibt das Fazit „viele ist wünschenswert aber nicht alles ist realistisch und finanziell umsetzbar“. Am Ende ist eben die Frage entscheidend „was können wir im Rahmen der Möglichkeiten in den ÖPNV investieren“ und nicht „was wollen wir investieren“. Auch bleibt festzuhalten, dass in Sachen „Reaktivierung Bahnverkehr“ und „Verbesserung des ÖPNV-Angebotes“ in der Kreispolitik im Landkreis Gießen konkrete Anstrengungen unternommen wurden, weiterhin unternommen werden und eine positive ÖPNV-Entwicklung sichtbar sei.

An der Aussprache zu TOP 2. beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Matthias Körner, Christel Gontrum, Christian Zuckermann, Christopher Lipp, Ausschussvorsitzende Anette Henkel, Kreisausländerbeiratsmitglied Tim van Slobbe sowie Landrätin Anita Schneider.

Hinweise/Dokumente: Der mündlich erstattete „Bericht 2019 des Fahrgastbeirates“ wurde dankenswerterweise von Herrn Friedhelm Sames (Sprecher gemeinsamer Fahrgastbeirat) im Nachgang an die heutige Sitzung (auf Anfrage des Schriftführers des Ausschusses hin) bereitgestellt und ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Hinweis/Dokumente:

Die Dokumente zu TOP 2. können über das Parlamentsinformationssystem abgerufen werden.

- | |
|--|
| <p>3. Freigabe der Haushaltssperre im Produkt 53.5.01 und Einführung des Job-Tickets für alle Mitarbeiter/innen der Landkreisverwaltung und des Servicebetriebes;
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 13. Mai 2020 (Vorlage Nr. 1399/2020)</p> |
|--|

Landrätin Anita Schneider leitet TOP 3. ein und berichtet darüber, dass die zu erfüllenden Kriterien/Punkte zur „Freigabe der Haushaltssperre“ seitens der Kreisverwaltung mittlerweile abgearbeitet und umgesetzt wurden bzw. sich in der finalen Umsetzungsphase befinden.

Landrätin Anita Schneider geht auf die eventuelle hessenweite Einführung eines „Kommunaltickets“ für alle Bediensteten der Kommunalverwaltungen in Hessen ein. Eine solche Überlegung existiere, weitere konkrete Informationen bzw. Ausführungen liegen aber derzeit nicht vor. Unabhängig davon sollte die Kreisverwaltung Gießen weiterhin die Planung zur Einführung des „Job-Ticket-Landkreis-Gießen“ vorantreiben, daher auch der heutige Beschluss-Antrag.

Sie erläutert zudem, dass das ausgehandelte Angebot des RMV für das „Job-Ticket“ sich auf monatliche Kosten in Höhe von etwa 9 Euro pro Mitarbeiter (ohne Kostenbeteiligung durch die Beschäftigten der Kreisverwaltung) belaufe und bessere Konditionen beinhalte als möglicherweise ein zukünftiges hessenweites Kreisverwaltungsangebot durch das Land Hessen.

Kreistagsabgeordnete Sabine Scheele-Brenne gratuliert – kurz abweichend von der eigentlichen Thematik – der Kreisverwaltung zur erneuten Zertifizierung mit dem **Gütezeichen** „audit berufundfamilie“.

>> Mit dem staatlichen Gütezeichen „audit berufundfamilie“ werden Arbeitgeber mit einer familienbewussten Politik ausgezeichnet, die sich zukunftsfähig aufgestellt haben und dies auch zielgerichtet optimieren. <<

Anschließend führt sie mit der eigentlichen Thematik fort. „Ziel muss langfristig und nachhaltig der Ausstieg bzw. Umstieg auf Bus, Bahn und Rad sein“.

Landrätin Anita Schneider beantwortet eine Frage des Kreistagsabgeordneten Christopher Lipp zur „Finanzierung des Fahrradverleihsystems“. Im Rahmen der Erprobungsphase/Pilotphase soll ausgelotet werden, ob ein solches System für die Kreisverwaltung langfristig bei entsprechender Nachfrage und Nutzung Zukunft hat. Über eine mögliche Kostenbeteiligung durch die Stadt Gießen sollte erst nach Abschluss und Auswertung der Pilotphase nachgedacht werden. Das System entspricht dem der Stadt Gießen (gleicher Anbieter und gleiche Fahrräder), sodass für die bisherigen Nutzer des Systems (bisher THM und Uni Gießen) keine gravierenden Veränderungen zu erwarten sind, sondern quasi eine Netzerweiterung stattfindet. Eine einheitliche Systemnutzung wird seitens des Ausschusses begrüßt und befürwortet.

Kreistagsabgeordneter Thomas Jochimsthal bittet darum, dass die Firma „nextbike“ zum gegebenen Zeitpunkt im Rahmen der Projektphase eine Auswertung über die Fluktuation von der Route „Stadt Gießen hin zur Kreisverwaltung und zurück“ erstellt.

Landrätin Anita Schneider führt zudem an, dass 30 % der Beschäftigten der Kreisverwaltung in einem Umkreis von 5 bis 10 km Entfernung von der Kreisverwaltung ihren Wohnort haben, sodass auch hier der Umstieg auf das Rad eine anzustrebende klimaneutrale/klimafreundliche Lösung darstellen könnte. Mögliche Fördermöglichkeiten und Maßnahmenkonzepte (Stichwort „E-Bikes“) müssten bei geplanter Konkretisierung/Umsetzung – sofern das Thema „E-Bikes“ eine Option darstellen würde – zunächst genauer geprüft werden.

Abschließend führt Kreistagsabgeordnete Sabine Scheele-Brenne an, dass die Einführung des Job-Tickets die Kernaufgabe beinhaltet „einen Teil zum Klimaschutz beizutragen“ und dass jeder Einzelne durch die Nichtnutzung von Kfz und dem Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel bzw. den ÖPNV (Rad, Bus und Bahn) täglich einen positiven Beitrag zum Klimawandel leisten könne.

Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Reitz sieht es hingegen kritisch, wenn die Mitarbeiter der Kreisverwaltung nach Einführung des Job-Tickets dieses auch am Wochenende bzw. in der Freizeit nutzen können. „Die Einführung sei richtig, die Nutzung jedoch fragwürdig, da es hier um die Gelder des Steuerzahlers gehe.“ Frau Scheele-Brenne entgegnet: „Auch wer am Wochenende das Job-Ticket“ anstatt das Auto nutzt, der tut etwas für den Klimawandel.“

An der Aussprache zu TOP 3. beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Sabine Scheele-Brenne, Christopher Lipp, Matthias Körner, Christian Zuckermann, Karl-Heinz Reitz, Thomas Jochimsthal sowie Landrätin Anita Schneider.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Beschluss-Antrag:

„Der Kreistag beschließt die Freigabe der Haushaltssperre in Höhe von 50.000 EUR im Produkt 53.5.01 „Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) für die Einführung des Job-Tickets für alle Mitarbeiter*innen der Landkreisverwaltung und des Servicebetriebes.

Das Konzept zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung liegt vor und ist der Beschlussvorlage beigefügt.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, den Rahmenvertrag zur Job-Ticket-Vereinbarung mit Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) abzuschließen.“

Dem begründeten Beschluss-Antrag wird vom Ausschuss einstimmig (bei 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen) zugestimmt.

Der Kreistagsausschuss empfiehlt dem Kreistag die Beschlussempfehlung anzunehmen.

Hinweis/Dokumente:

Die Dokumente zu TOP 3. können über das Parlamentsinformationssystem abgerufen werden.

4. Mitteilungen und Anfragen

Ausschussvorsitzende Anette Henkel schließt die Sitzung des Kreistagsausschusses für Infrastruktur, Umwelt und Energie (IUE) um 17:37 Uhr.

Anette Henkel
Ausschussvorsitzende

Steffen Kubatzki
Schriftführer

Bericht des Fahrgastbeirates für 2019

am 18.06.20 im Kreistagsausschuss „Infrastruktur, Umwelt, Energie“ des Landkreises Gießen

Der Fahrgastbeirat besteht seit Oktober 2015. Das bedeutet, daß wir unsere Pionierzeit hinter uns gelassen haben und ich denke, ich kann mit einiger Berechtigung und einem gewissen Stolz sagen, daß wir durch unsere aktive und kompetente Tätigkeit heute stärker wahr- und ernstgenommen werden als zu Beginn unserer Tätigkeit und daß es uns gelungen ist, uns als feste Größe in der Kommunalpolitik und als „starke Stimme für die Fahrgäste“ zu etablieren.

Nichtsdestotrotz besteht ein Teil unserer Tätigkeit darin, den Beirat zu stärken, uns zu vernetzen und unser Gewicht zu vergrößern. Da Sie als Ausschuss und Kreisverwaltung eine gewisse Aufsichtsfunktion wahrnehmen, möchte ich Ihnen diese internen Dinge nicht vorenthalten.

So haben wir beispielsweise die Zusammenarbeit mit der Presse intensiviert und sind dort mittlerweile zu einer festen Größe geworden. Zu unserer Sitzung Ende November l.J. haben wir sechs Zeitungsartikel bekommen und zu unserer letzten – und bisher bedauerlicherweise einzigen Sitzung d.J. – Anfang März, in der wir uns vor allem mit dem Nahverkehrsplan des Landkreises beschäftigt haben, in beiden Gießener Tageszeitungen jeweils den Leitartikel. Dieses Presse-Interesse, das so zu Beginn unserer Tätigkeit nicht vorhanden war, ist sicherlich ein Maßstab dafür, daß wir uns als Beirat mit interessanten und praxisnahen fahrgastrelevanten Themen beschäftigen und nicht irgendwo im Cyberspace schweben.

Gepflegt haben wir auch die Zusammenarbeit mit der Politik. Dadurch daß wir als Beirat einmal jährlich hier im Ausschuss und im Verkehrsausschuss der Stadt Gießen zu berichten haben, besteht eine gewisse Verankerung mit der Kreis- und Stadtpolitik. Ich persönlich betrachte den Bericht nicht nur als Verpflichtung, sondern auch als Vorrecht und vor allem als Chance, Ihnen unsere Tätigkeit nahe bringen zu können.

Darüber hinaus suchen aber auch den Kontakt zu anderen Parlamenten. So waren bei unserer Sitzung Ende August gleich drei Landtagsabgeordnete von unterschiedlichen Parteien anwesend. Nach meinem persönlichen Verständnis muss das Land Hessen die Rahmenbedingungen für den ÖPNV vorgeben und auch einen Teil der Finanzierung übernehmen und tut das ja auch in einem gewissen Rahmen. Es ist deshalb sicherlich im Interesse aller, daß die Damen und Herren Landtagsabgeordnete mal hören, mit welchen Themen wir uns als Gremium vor Ort, als Beirat, der ein „Auge und ein Ohr“ am Fahrgast hat, so beschäftigen. Die Rückmeldungen, die ich bekommen habe, waren alle positiv.

Weiter vorgebracht haben wir auch die Zusammenarbeit mit anderen Fahrgastbeiräten. Ich möchte noch einmal wiederholen, was ich bereits letztes Jahr gesagt habe: Wir sind deshalb ein gemeinsamer Beirat für Stadt und Landkreis Gießen, weil Mobilität nicht an der Stadtgrenze von Gießen endet. Mobilität endet auch nicht an der Grenze des Landkreises Gießen, sondern geht darüber hinaus. In allen vier Nachbarkreisen von Gießen bestehen Fahrgastbeiräte. Zu allen vier besteht Kontakt und mehr oder weniger regelmäßige Kommunikation. In unserer letzten Sitzung des letzten Jahres 2019 waren gleich vier Sprecherinnen und Sprecher von anderen Fahrgastbeiräten anwesend, außer mir selbst, der ich ja auch Sprecher eines Fahrgastbeirates bin.

Auch an dem bundesweiten Netzwerk für Fahrgastbeiräte sind wir beteiligt. Die einmal jährlich stattfindende Bundestagung fand letztes Jahr in Darmstadt statt und damit quasi vor unserer Haustür. Wir haben dort mit einem Vertreter teilgenommen. Die diesjährige Bundestagung wird von den Kolleginnen und Kollegen des Fahrgastbeirates Baden-Württemberg ausgerichtet – ein Landesbeirat, etwas, was in Hessen bisher bedauerlicherweise nicht existiert - und ich bin zuversichtlich, daß wir uns auch dort beteiligen werden, wenn sie stattfinden kann und nicht in das „Corona-Wasser“ fällt. Als Tagungsort ist Stuttgart vorgesehen und uns wurde bereits in Aussicht gestellt, daß wir dort - in Stuttgart – vielleicht ein großes Loch besichtigen können. Ja, „Stuttgart 21“ ist im derzeitigen Zustand vor allem etwas für Anhänger von Löchern.

Weiter intensiviert haben wir vor allem den Dialog mit den Fahrgästen. Ich hatte im Jahr 2019 siebenundzwanzig Anfragen, Anregungen und Beschwerden unterschiedlicher Art aus den Reihen der Fahrgästen, darunter einige sehr gute und durchdachte Verbesserungsvorschläge. Das zeigt, daß das Interesse der Bevölkerung an den Themenkomplexen ÖPNV/Mobilität/Verkehrswende/Klimaschutz derzeit in hohem Maße vorhanden ist.

Alle diese beiratsinternen Dinge dürfen allerdings für uns nicht im Vordergrund stehen. Einen Beirat, der sich nur um sich selber dreht, braucht kein Mensch. Aber alle diese Dinge können und müssen die Grundlage bilden für unsere eigentliche Tätigkeit:

Uns für die Interessen der Fahrgäste einzusetzen!

Und das haben wir auch in vielfältiger und umfangreicher Weise getan und uns mit zahlreichen Fahrgäst-Themen beschäftigt. U.a. wurde bei uns ein Antrag zum Klimaschutz beschlossen; sicherlich ein für uns wichtiges Themengebiet. Darüber hinaus lagen z.B. Anträge zu Monitoren in Bussen, zusätzlichen Bushaltestellen, zusätzlichen Wartehäuschen oder zu einem Aufzug am Gießener Bahnhofsvorplatz vor.

Vor allem haben wir uns im letzten Jahr allerdings mit dem ZOV-Nahverkehrsplan des Landkreises beschäftigt. Bereits im Vorjahr haben wir dazu eine Sondersitzung abgehalten und auch eine eigene Arbeitsgruppe dazu gegründet. Und wie Sie alle wissen, haben wir uns auch bei der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Kreistages zum Nahverkehrsplan eingebracht.

Bedauerlicherweise sieht der zum Beschluss vorliegende Nahverkehrsplan nur wenige Verbesserungen vor. Ich habe mich vor einigen Monaten mit einer Dame aus Rabertshausen unterhalten und sie hat mir erzählt, daß samstags und sonntags überhaupt keine ÖPNV-Verbindung vorhanden ist. Ich konnte das kaum glauben und habe es über die RMV-Fahrplan-Auskunft überprüft und tatsächlich: Am Wochenende fährt kein Bus nach und von Rabertshausen. Montags bis freitags fährt die letzte Verbindung um 20.11 Uhr vom Gießener Bahnhof ab. In vielen anderen Ortschaften im Kreis Gießen ist die Situation nicht viel besser.

Wie wir alle wissen, haben die Lebensmittel-Einzelgeschäfte in Gießen teilweise bis 21 oder 22 Uhr geöffnet und wer dort beschäftigt ist – oder vielleicht in der Gastronomie, oder bei der Polizei oder dem Klinikum in der Spätschicht arbeitet, oder vielleicht abends ins Theater, die Disco oder auf eine Feier gehen möchte, hat keine Möglichkeit mehr, mit dem ÖPNV nach Hause zu kommen, wenn er in einem der Nebenorte im Kreis wohnt. Wenn die Leute ein Auto brauchen, um am Wochenende aus dem eigenen „Kaff“ herauszukommen, dann nutzen sie dieses auch unter der Woche und wenn die

Leute ein Auto brauchen, um von der Spätschicht nach Hause zu kommen, dann nutzen sie das Auto auch für die Frühschicht. Zu einer wirklichen Alternative zum Auto werden Bus & Bahn so nicht.

Deshalb und auch für das Erreichen der angestrebten Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 ist eine Ausweitung des ÖPNV-Angebotes im Landkreis unbedingt notwendig.

Aber es sind auch die kleinen Schritte, die Sie gehen müssen. Wie Ihnen sicherlich allen bekannt ist, besteht eine gesetzliche Regelung, derzufolge alle Bushaltestellen und Bahnhaltdepunkte bis Ende 2021 barrierefrei ausgebaut sein müssen. Dieses Ziel wird keine der Kreiskommunen erreichen, das ist heute bereits absehbar. Fairerweise muss ich sagen, daß es zwischen Kiel und Basel kaum eine Kommune geben wird, die dieses Ziel erreicht, aber es muss Ihr Bestreben sein, sich diesem Ziel kontinuierlich anzunähern. Soweit mir bekannt ist, liegt die Baulast bei den jeweiligen Kommunen, aber Sie haben auch als Kreisverwaltung die Möglichkeit, das zu unterstützen, beispielsweise, indem Sie einen Zuschuss gewähren. Das gleiche gilt für die Bus-Wartehäuschen. Die Bushaltestellen im Landkreis sind mehrheitlich ohne Wetterschutz und wenn Sie – im wörtlichen wie übertragenen Sinne – die Fahrgäste im Regen stehen lassen, kann das mit dem angestrebten Ziel, mehr Menschen vom MIV auf den ÖPNV zu bringen, einfach nichts werden.

Ich möchte allerdings auch positiv erwähnen, daß ich durchaus wahrnehme, daß einige Verbesserungen zum ÖPNV im Landkreis in Planung sind. Der nächste TOP der heutigen TO sieht ausdrücklich eine verbesserte ÖPNV-Anbindung der Kreisverwaltung im Zusammenhang mit der Einführung des Job-Tickets für Kreis-Beschäftigte vor. Das ist auch richtig und notwendig. Ein Job-Ticket ohne bessere ÖPNV-Verbindungen wird von den Beschäftigten überwiegend nicht angenommen werden und seinen Zweck, mehr Kreis-Beschäftigte dazu zu bringen, auf das Auto zu verzichten und stattdessen mit Bus & Bahn zur Kreisverwaltung zu fahren, verfehlen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das Semesterticket der Gießener Hochschulen verweisen. Alle Studentinnen und Studenten besitzen ein Semesterticket und die meisten Hochschulbeschäftigten ein Landesticket. Trotzdem fahren – nach Erhebungen der Jungen Union – täglich etwa 16 000 Studentinnen und Studenten mit dem Auto zu Uni oder THM. Das wäre eine Größenordnung von etwa 40 %. Ich weiß nicht, ob diese Zahlen zutreffend sind, habe aber auch keinen Grund, daran zu zweifeln. Deshalb möchte ich Ihnen allen zum Abschluss meines Berichtes eine Frage stellen, eine Frage, die sich selbst beantworten sollten: Woran liegt es, daß etwa 40 % der Studentinnen und Studenten mit dem Auto zur Hochschule fahren, obwohl sie mit dem Semesterticket kostenlos Bus & Bahn benutzen können?

Bericht von Friedhelm Sames

Sprecher des gemeinsamen Fahrgastbeirates für die Universitätsstadt Gießen und den Landkreis Gießen